

Deutscher Bundestag Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Per E-Mail
umweltausschuss@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Umwelt,
Naturschutz u. Reaktorsicherheit

Ausschussdrucksache
17(16)761-C

Öffentliche Anhörung - 10.06.2013

07.06.2013

www.atommuell-lager.de

Vorstand • FORUM e.V.
Ulli Brenner
Petra Semet
Raimund Kamm
Anton Schwägerl (Beauftr.)

Kontakt • Vorstand
Raimund Kamm
Luitpoldstr. 26, 86157 Augsb.
T. 0821 - 54 19 36 F. - 541946
vorstand@atommuell-lager.de

Kontakt • Büro
Ulli Brenner
Dorfstr. 22, 89438 Ellerbach
T & F. 08296 - 74 5
buero@atommuell-lager.de

Es schreibt
Raimund Kamm

Stellungnahme zum

Entwurf eines Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für eine Endlagerung für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz - StandAG)

Unsere Bürgerinitiative hat das drohende Atommüll-Desaster vor Augen. Hier im zwischen Augsburg und Ulm gelegenen größten und gefährlichsten AKW Deutschlands lagert heute schon in den zwei Reaktoren, den zwei Abklingbecken und dem Castorlager so viel hochradioaktiver Müll wie an keinem anderen Ort Deutschlands. Und das oberirdisch und gefährlich in nicht unfallsicheren und nicht terrorfesten Anlagen und Castoren.

In unserer Bürgerinitiative sind über 800 Bürgerinnen und Bürger wie auch sechs Kommunen Baden-Württembergs und Bayerns Mitglied. Wir haben grundsätzlich vor zwei Jahren in der Günzburger Erklärung neben unserer Forderung nach schnellstmöglichem Abschalten der AKW unsere Meinung ausgedrückt: „In Deutschland soll nach wissenschaftlichen Kriterien ernsthaft der best geeignete Ort für ein unterirdisches Endlager transparent und demokratisch gesucht werden.“

Zu dem jetzt im Bundestag beratenen Gesetz möchten wir Ihnen mit einigen Punkten schriftlich unsere Ansicht und Anregungen mitteilen:

1. Öffentlichkeitsbeteiligung

Legen Sie die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht – wie in § 9 und 10 vorgesehen - methodisch fest, sondern entwickeln Sie sie partizipativ. Die jetzigen Festlegungen fesseln zu sehr den zu entwickelnden Diskurs.

2. Öffentlichkeitsbeteiligung der Bund-Länder-Kommission

Lassen Sie diese nicht durch das geplante Bundesamt für kerntechnische Entsorgung organisieren. Dieses Bundesamt ist aus guten Gründen umstritten und müsste zudem erst aufgebaut werden. Beim AkEnd, an dessen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen wir teilgenommen haben, lag die Zuarbeit beim Bundesamt für Strahlenschutz und beim BMU. Und das war zufrieden stellend. Zweitbeste Lösung wäre, die Öffentlichkeitsbeteiligung in einer starken Geschäftsstelle beim Deutschen Bundestag zu organisieren.

3. Zusammensetzung der Bund-Länder-Kommission

Stärken Sie bitte die Rolle der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft in dem Gremium, ohne die Zahl der Mitglieder zu stark auszuweiten (Reduzierung der Zahl der Politikerinnen und Politiker). Wo sind die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen, die seit Jahrzehnten auf die Gefahren der Atomkraft und des Atommülls hingewiesen haben? Uns scheint es sinnvoll, dass die Kommission zu einem Drittel aus PolitikerInnen, zu einem Drittel aus WissenschaftlerInnen und zu einem Drittel aus VertreterInnen der Umweltgruppen und –verbände zusammengesetzt wird.

4. Rolle der Bund-Länder-Kommission allgemein

Präjudizieren Sie bitte die Tätigkeit der Kommission nicht durch zu viele Festlegungen im Gesetz, insbesondere solche, die später nur schwer wieder rückgängig zu machen sind.

5. Einrichtung eines Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung

Eigentlich scheint uns die bisherige Behördenstruktur mit Rollenteilung zwischen BMU und BfS oder eventuell auch dem UBA zweckgerecht. Die Einrichtung eines neuen Bundesamtes scheint überflüssig zu sein. Wenn überhaupt, braucht man diese neue Bürokratie auch erst für die in einigen Jahren beginnende Standortsuche. Man bedenke auch: Die

Gegner einer qualifizierten Suche eines Endlagers in Deutschland werden mit großem juristischem Aufwand und der Aussage „Wir haben doch Gorleben“ versuchen, die Erzeuger des Atommülls von der Kostenverantwortung für die Suche und Verwirklichung eines bestmöglichen Endlagers in Deutschland zu befreien. Diese Firmen und Verbände scheinen sich durch ein neues Bundesamt und dort als Chefs vorgesehene „Kameraden“ noch mehr Einfluss verschaffen zu wollen. Zugleich wird man scheinheilig die Kosten dieser neuen Bürokratie zu gegebenem Zeitpunkt anprangern.

6. Enteignungsvorschriften Gorleben

Unsere Bürgerinitiative tritt vehement für eine Suche mit echter weißer Landkarte ein, also ohne Vorabausschluß von Gorleben. Die auf Gorleben gemünzten Enteignungsvorschriften müssen jedoch gestrichen werden! Der Ausschluss in der Begründung ist nicht überzeugend und wohl nicht bindend.

7. Finanzierung der Endlagersuche durch die Abfallverursacher

Stellen Sie diese durch verbindliche Formulierungen im Gesetz sicher, die jetzigen scheinen nicht ausreichend zu sein! Wir befürchten ansonsten Trickserien.

Für eine sachgerechte Suche und Verwirklichung der Endlagerung dieses tödlich strahlenden Mülls scheint uns auch wichtig, die Bevölkerung nachdrücklich einzubeziehen. Wir bedauern, dass bisher keine breite eingängige Information der Bevölkerung stattgefunden hat, die viel mehr Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Tragweite des Atommüllproblems vor Augen geführt hätte. Hier in Süddeutschland glauben nach jahrzehntelanger Propaganda große Teile der Bevölkerung, dass entsprechend einer angeblichen Regierungsvereinbarung aus den 1970er Jahren, es ausgemacht sei, den Atommüll in Norddeutschland zu entsorgen. Um aufzuklären, brauchen wir dringend einen Nationalen Dialog „**Unseren Atommüll vererben**“.

Wichtig ist, dass die ursprünglich für die Zwischenlagerung in Gorleben vorgesehenen 26 Castoren nicht nach Gorleben transportiert sondern auf die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein verteilt werden, die einen hohen Anteil bei der Stromerzeugung aus Kernenergie hatten und zum Teil noch haben, aber bisher nichts zur Entsorgung beitragen. Wichtig ist auch, dass die gefährliche oberirdische Zwi-

schenlagerung nicht verlängert wird. Allen schleichenden Versuchen, die befristeten Aufbewahrungsgenehmigungen zu verlängern, sind abzulehnen! Die jetzige Lagerung ist nicht terrorfest und muss wesentlich sicherer erfolgen!

Auch muss die Sicherstellung der Finanzierung der Endlagerung vor Insolvenzen geschützt werden. Konzerne wie AEG oder Enron oder Grundig gingen in Konkurs. Die gesetzlich gebildeten Rückstellungen müssen in einem öffentlich-rechtlichen Fonds gesichert werden. Dies muss im anstehenden Gesetz oder in einem Folgegesetz geregelt werden.

In unserer Bürgerinitiative sind wir verbittert, dass laufend Entsorgungsversprechen der Bundesregierung wie des Bundestages gebrochen wurden. Und trotzdem sogar die Atommüllproduktion fortgesetzt wird. Dennoch wollen wir im Interesse unserer Sicherheit und unserer Nachkommen an einer möglichst sicheren Endlagerung mitarbeiten. Wir werden unsere im AkEnd-Prozess wie auch bei mehreren Tagungen in der Evangelischen Akademie Loccum eingebrachten Vorstellungen wieder zur Diskussion stellen und weiterentwickeln.

Augsburg, 7. Juni 2013

gez. Raimund Kamm

Vorstand FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.